



Geschäftsführung Finanzausschuss

Herr Müller

Telefon: (0221) 221-24649

Fax: (0221) 221-23902

E-Mail: Michael.Mueller6@stadt-koeln.de

Datum: 11.10.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses (Hpl.-Sitzung)** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 08.10.2018, 10:07 Uhr bis 11:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	
Herr Bernd Petelkau	CDU	
Herr Manfred Richter	GRÜNE	
Herr Christian Joisten	SPD	in Vertretung für Herren Ciesla-Baier
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD	
Frau Alexandra Gräfin von Wengersky	CDU	
Herr Christoph Klausing	CDU	in Vertretung für Frau Henk-Hollstein
Herr Stephan Pohl	CDU	in Vertretung für Herrn Kienitz
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	
Herr Ulrich Breite	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller
Frau Beigeordnete Andrea Blome
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach
Frau Dr. Isabell Nehmeyer-Srocke

Presse

Zuschauer

Vertreter verschiedener Ämter

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener	Rot-Weiß
--------------------	----------

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter Markus Greitemann

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er weist auf die aktualisierte Tagesordnung und die als Tischvorlagen verteilten Änderungsanträge (TOP 8.1.1 bis 8.1.5, TOP 9.1.1). Er kündigt an, die Sitzung mit der Generaldebatte zum Haushaltsplan zu beginnen.

Der Ausschuss ist mit folgender Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019**
- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 In die HPL-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 4.1 Zweckentfremdung von Wohnungen als Ferienwohnungen verhindern - Personal im Wohnungsamt zusetzen!
AN/0979/2018

- 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1080/2018

5 In die HPL-Beratung verwiesene Mitteilungen

6 In die HPL-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen

- 6.1 Zuschuss zum "Tag des guten Lebens"
2571/2018

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

8 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019

- 8.1 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2022
3155/2018

- 8.1.1 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke - Veränderungsnachweis zum Haushalt 2019 und Kulturförderabgabe
AN/1374/2018

- 8.1.2 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT - Zu Top 8.1 - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2022 (Vorlage 3155/2018)
AN/1379/2018

- 8.1.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT - Zu Top 8.1 - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2022 (Vorlage 3155/2018) - Begleitbeschlüsse
AN/1380/2018

- 8.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT - TOP 8.1 - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2022 (Vorlage 3155/2018) – hier: Kulturförderabgabe
AN/1378/2018

- 8.1.5 Änderungsantrag der SPD-Fraktion - Haushaltsjahr 2019
Kulturförderabgabe
AN/1382/2018

9 Stellenpläne

- 9.1 Stellenplan für das Jahr 2019
2659/2018

- 9.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT - Zu Top 9.1 - Stellenplan für das Jahr 2019 (Vorlage 2659/2018)
AN/1381/2018

- 9.2 Stellenplan 2019 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
2758/2018

- 9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2019
2738/2018

- 9.4 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2019
2733/2018

- 9.5 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2019
2703/2018

- 10 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019**
- 2 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3 **Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 **In die HPL-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4.1 **Zweckentfremdung von Wohnungen als Ferienwohnungen verhindern - Personal im Wohnungsamt zusetzen!
AN/0979/2018**
- 4.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1080/2018**

Beschluss über den Änderungsantrag:

Der Beschlussvorschlag wird in Satz 1 wie folgt ergänzt (**Ergänzungen fett**):

Zum Haushaltsjahr 2019 werden **insgesamt** zusätzliche 18 Mitarbeiter*innen für den Bereich Durchsetzung der Wohnraumschutzsatzung **sowie zur Erarbeitung und Durchsetzung von sozialen Erhaltungssatzungen** eingestellt **und die erforderlichen Finanz- und Sachmittel bereitgestellt.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke - abgelehnt

Beschluss über den Ursprungsantrag:

Zum Haushaltsjahr 2019 werden zusätzliche 18 Mitarbeiter*innen für den Bereich Durchsetzung der Wohnraumschutzsatzung eingestellt. Hierfür werden die notwendigen Haushaltsmittel im Haushalt 2019 und den nachfolgenden Haushaltsjahren bereitgestellt.

Das Personalamt soll zeitnah mit der Personalsuche beginnen. Es ist darauf zu achten, dass eventuelle Umsetzungen nicht zu weiterem Personalmangel in dem Bereich Planen, Bauen und bei der Unterhaltung von Wohnungen führen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke - abgelehnt

5 In die HPL-Beratung verwiesene Mitteilungen

6 In die HPL-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen

6.1 Zuschuss zum "Tag des guten Lebens" 2571/2018

RM Petelkau stellt einen mündlichen Änderungsantrag. Das Haushaltsbündnis möchte den Zuschuss zum „Tag des guten Lebens“ für die Dauer von drei Jahren auf jeweils 80.000 € pro Jahr erhöhen. Dies sei auch im Änderungsantrag zur Haushaltssatzung so enthalten.

RM Detjen fragt, warum der Akteur den beantragten Zuschuss von 220.000 € pro Jahr nicht erhalte.

RM Frank erläutert, dass das Haushaltsbündnis den Tag des guten Lebens in der Form, in der er bereits stattgefunden habe, gerne weiter fördern möchte, nicht aber die darüber hinaus gehenden Aktivitäten.

Der Ausschussvorsitzende stellt zunächst den mündlichen Änderungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden durch mündlichen Änderungsantrag **geänderten** Beschlussvorschlages:

Vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2019 beschließt der Rat die Übernahme einer freiwilligen Aufgabe durch die Gewährung eines Zuschusses an die Initiative AGORA Köln zur Durchführung des „Tag des guten Lebens“.

Die Aufgabe wird von 2019 für 5 Jahre bis 2023 wahrgenommen.

Der Gesamtaufwand im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge beträgt 360.000 € (80.000 € p.a. für 2019 – 2021 und 60.000 € p.a. für 2022 - 2023) und wird ab dem Haushaltsjahr 2019 im Haushaltsplan, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen und der mittelfristigen Finanzplanung bereitgestellt. Die Mittel für die Maßnahme wurden im Haushaltsplanentwurf 2019 für die Jahre 2019 bis 2023 entsprechend berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

8 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019

8.1 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2022 3155/2018

RM Joisten kritisiert zuerst das Aufstellungsverfahren. Es wäre besser, nicht auf eine frühzeitige Vorlage des Haushaltsplanentwurfes zu setzen, sondern auf belastbare und vollständige Zahlen zu setzen und den ehrenamtlichen Mandatsträgern mehr Zeit für die Beratung einzuräumen.

Der Haushaltsplanentwurf werde den Herausforderungen einer wachsenden Stadt nicht gerecht. Die Oberbürgermeisterin verwalte nur die Gegenwart, statt Köln entschlossen für die Zukunft aufzustellen. Der konjunkturell bedingten guten Lage der Finanzen mit hohen Gewerbesteuereinnahmen stehe ein enormer Aufholbedarf im Infrastruktursektor gegenüber. Bildungsinfrastruktur und bezahlbarer Wohnraum seien die drängendsten Probleme in Köln und der Haushalt lasse nicht erkennen, dass diese beherzt und zielgerichtet angegangen werden.

Dabei habe die Kämmerin mit dem Pilotprojekt „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert – das Beispiel der Stadt Köln“ aufgezeigt, dass ein „weiter so“ die schlechteste Option sei. Seine Fraktion fordere die Ausschüttungspolitik für den Stadtwerkekonzern zu überdenken. Dessen Gewinne werden zur Finanzierung von dringenden Investitionen benötigt.

Der Stellenplan versinnbildliche den Stillstand und beinhalte zu wenig neue Stellen, insbesondere in den Bereichen der Verwaltung, die sich mit bauen beschäftigen.

Der vorgeschlagene Veränderungsnachweis des Haushaltsbündnisses verteile Gelder nach dem Gießkannenprinzip statt mutig Entscheidungen zu treffen. Bei einzelnen Vorschlägen frage man sich schon, ob das die wahren Probleme der Stadt seien: zum Beispiel den Colonius wieder öffentlich zugänglich machen oder ein Köln-Schriftzug als touristischen Fotomotiv. Auch wenn der Veränderungsnachweis daneben richtige Ansätze beinhalte, sei nicht erkennbar, wie der Plan für Kölns Zukunft aussehe.

Der von der Fraktion Die Linke eingebrachte Änderungsantrag gehe dagegen bereits in die richtigen Schwerpunktsetzungen, bezahlbares Wohnen und Bildung. Aber die vorgeschlagene Gegenfinanzierung durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer lehne seine Fraktion ab.

Seine Fraktion fordere einen Wohnungsfonds mit einem Volumen von 500 Mio. €, um in den nächsten fünf Jahren 10.000 neue öffentlich geförderte Wohnungen zu errichten. Dies stärke nicht nur die öffentliche Daseinsvorsorge, sondern sei auch ein wichtiger Standortfaktor. Dafür müsse die Bauverwaltung personell verstärkt werden. Der Bau von 1.000 neuen Werkwohnungen in fünf Jahren sei ein weiteres Ziel. Für die Zukunft Kölns sei Bildung das zweite große Thema. Ein konsequenter Einsatz für Chancengleichheit in der Bildung wirke der sozialen Spaltung entgegen. Es gebe nicht genug Gesamtschulen – zuletzt seien über 1.000 Kinder abgelehnt worden, der Offene Ganztag und die Schulsozialarbeit müsse gefördert werden und im Schulbau gebe es einen Investitionsbedarf von 2,4 Mrd. €, denn in den nächsten zehn Jahren müssen 40 neue Schulen gebaut werden.

Seine Fraktion fordere eine Qualitätsoffensive und beitragsfreie Kita-Plätze für die ersten 18 Monate als Einstieg in die völlige Beitragsfreiheit. Dies sei elementar, wenn die SPD einem Haushaltsplan zustimmen sollte.

Der SPD-Fraktion sei die soziale Stadt ein besonderes Anliegen. Deshalb verurteile sie die Kürzungen an wichtigen Programmen wie "Starke Veedel – starkes Köln" durch die Landesregierung und fordere einen entsprechenden Ausgleich durch die Stadt, denn die wichtigen und von einem breiten Konsens getragenen Projekte könne man nicht einfach zur Disposition stellen. Den sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen stärken könnten mehr Gründungen von Immobilien- und Standortgemeinschaften. Dazu gehört auch ein verbessertes Fördermittelmanagement, um sicherzustellen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel auch tatsächlich abgerufen werden.

Der Haushaltsentwurf der Oberbürgermeisterin und des Bündnisses lasse klare Ziele und einen Gestaltungsanspruch vermissen. Er hoffe, dass dies im Aufstellungsverfahren für den nächsten Haushalt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Stadt insgesamt verbessert wird - nur so könne er sich vorstellen, dass seine Fraktion einen Haushalt mittragen könne. Dem heute vorliegenden Haushaltsplan und dem Änderungsantrag des Bündnisses könne seine Fraktion insofern heute nicht zustimmen.

RM Petelkau lobt, dass nun schon zum zweiten Mal ein Haushaltsentwurf so rechtzeitig vorliege, dass eine Verabschiedung im Jahr vor dem Inkrafttreten möglich sei. Dies bedeute Planungssicherheit für alle Zahlungsempfänger. Der Entwurf sei ausgewogen und nachhaltig, denn es sei gelungen, die Entnahme aus der Rücklage so zu reduzieren, dass der Haushaltsausgleich bereits ein Jahr früher erreicht werden könne.

Seinem Vorredner könne er nicht zustimmen. Das Haushaltsbündnis verfolge zahlreiche positive Initiativen für eine wachsende Stadt. Die Herausforderungen werden angenommen. Das betreffe gerade auch den Schul- und Wohnungsbau. Viele Einzelmaßnahmen seien bereits auf den Weg gebracht worden: die Reform der Gebäudewirtschaft, der Schulentwicklungsplan, das Stadtentwicklungskonzept Wohnen und die Projektentwicklungen im Deutzer Hafen, in Rondorf, im Mülheimer Süden, der Parkstadt Süd, die Einführung der elektronischen Bauakte und Stellenzusetzungen in der Bauverwaltung von bis zu 35% seit 2015. Dies alles werde über den Haushaltsentwurf der Verwaltung finanziert, so dass keine strukturellen Änderungen durch den politischen Veränderungsnachweis nötig seien. Stattdessen sollen zahlreiche Einzelmaßnahmen gefördert werden, die die Lebensqualität in den Bezirken erhöhen und zielgerichtete Impulse setzen. Dazu sollen unter anderem die Mittel für das Stadtklima- und Stadtverschönerungsprogramm um 50% erhöht, die Stadtteilbibliotheken gestützt, ein Infrastrukturprogramm zur Aufwertung der Plätze aufgelegt, sowie mehr Spielplätze und Trinkwasserbrunnen gebaut werden. Zudem werden Bürgervereine und insbesondere die Freiwillige Feuerwehr bei Baumaßnahmen unterstützt und damit die Wertschätzung zum Ausdruck gebracht.

Er wehre sich auch gegen den Vorwurf, nach dem Gießkannenprinzip zu handeln. Mit der Finanzierung für zusätzliche Maßnahmen aus dem Kinder- und Jugendförderplan, der Schaffung von weiteren 15 Stellen Schulsozialarbeit oder die Stärkung der Rheinischen Musikschule werde gezielt die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen unterstützt. Dazu tragen auch die Maßnahmen zugunsten des Sports bei – hervorzuheben sei das Kunstrasenprogramm für die Sportplätze und eine neue Skateranlage.

Akzente setze das Haushaltsbündnis auch in der Kulturförderung - so zum Beispiel durch ein Programm für neue Atelierflächen und Proberäume und die Sanierung des Jazzhauses im Stadtgarten. Die positiven Rückmeldungen aus der Stadtgesellschaft zeigen, dass die vielen Einzelmaßnahmen eine positive Wirkung entfalten und diese Strategie richtig sei.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt aus dem Veränderungsnachweis betreffe den Verkehr. Es werden zwei Mio. € für eine Taktverdichtung der Stadtbahnlinien und des Busverkehrs vor allem in den Abendstunden zur Verfügung gestellt. Auch die Maß-

nahmen aus den Bereichen Soziales und Umwelt tragen zur Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger bei.

Er danke der Verwaltung für die gute Vorbereitung und den anderen Fraktionen des Bündnisses für die gute Zusammenarbeit in den letzten Wochen.

Zudem bittet er die Verwaltung zu prüfen, ob für die Jahre 2020 und 2021 ein Doppelhaushalt erstellt werden könne. Dies sei sinnvoll, weil sich der neu gewählte Rat erst im November 2020 konstituieren könne.

RM Frank dankt der Verwaltung für die fristgerechte Vorlage des Haushaltsplanentwurfs. Er betont, dass der vorliegende Haushalt die Finanzierung für die durch seine Fraktion initiierten und unterstützten Ratsbeschlüsse aus den vergangenen Jahren bereitstelle. Daher könne seine Fraktion dem Haushalt zustimmen. Er komme ohne eine Gewerbesteuererhöhung aus – ein wichtiges Signal an die bestehende Wirtschaft und für Neuansiedlungen. Er beinhalte ein stattliches Investitionsvolumen von 580 Mio. €. Die Herausforderung liege nun darin, das zur Verfügung stehende Geld auch auszugeben. Seine Fraktion unterstütze die mittelfristige Finanzplanung, in der für 2022 ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt werde. Die Haushaltskonsolidierung erfolge aus Ertragssteigerungen und nicht über flächendeckende Kürzungen. Köln habe aber ein strukturelles Defizit. Das zeige die von der Stadtkämmerin initiierte Tragfähigkeitsanalyse, die im Anlagenband enthalten sei. Das Konnexitätsprinzip müsse strikt eingehalten werden, denn durch Eigenanstrengungen allein werde die Tragfähigkeitslücke nicht geschlossen werden können.

Der politische Veränderungsnachweis und seine Schwerpunktsetzungen stehen in der Kontinuität der Haushaltsentscheidungen der vergangenen Jahre. Die vorgeschlagenen Änderungen im Ergebnisplan betragen 15,7 Mio. €, die gedeckt sind durch Mehrerträge aus der Gemeindefinanzierung und Wenigeraufwand bei der LVR-Umlage. Aus den Erträgen der Kulturförderabgabe finanziere das Bündnis Maßnahmen im Volumen von 5,8 Mio. €. Dies sei realistisch und solide. Der Vorschlag der SPD-Fraktion hingegen schieße deutlich über das Ziel hinaus.

Die Schwerpunkte des Veränderungsnachweises liegen in den Bereichen Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Bildung und schulische Infrastruktur, Klimaschutz und Erhaltung der Biodiversität, umweltgerechte Mobilität, Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Teilhabe und der Integration, Förderung der Kultur- und Kreativszene und die Verbreiterung des Zugangs zu kulturellen Angeboten, sowie der Stärkung der Bezirke und Stadtteile und des ehrenamtlichen Engagements. Innerhalb des Haushaltsbündnisses gebe es bei diesen Themen große Schnittmengen, die sich in dem Veränderungsnachweis niederschlagen.

Die vielleicht größte Herausforderung liege in der Schaffung bezahlbaren Wohnraumes. Dafür stehen 99 Mio. € kommunale Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung. In Verbindung mit der Bereitstellung städtischer Grundstücke in Direktvergabe könne die Stadt einen Beitrag zur Stärkung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus leisten. Im Bereich Klimaschutz sei auf das Dach-Fassaden-Hof-Begrünungsprogramm im Volumen von 3 Mio. € und die ungeschmälernte Fortführung des Förderprogramms „Altbaumodernisierung und Energieeffizienz – klimafreundliches Wohnen“ verwiesen. Nicht länger benötigte Friedhofsflächen sollen als Grünzonen gesichert werden. Im Bereich Mobilität stehen ausreichende Mittel für die Radwegsanierung und den Ausbau der Radwegeinfrastruktur zur Verfügung. Die Mittel für den ÖPNV werden zur Taktverdichtung um 2 Mio. € erhöht. Der Bereich sozialer Zusammenhalt und Integration werde durch die Ausweitung der quartiersbezogenen sozialen Arbeit und den Ersatz auslaufender ESF-Fördermittel gestärkt. Eine be-

sondere Bedeutung komme auch der Unterstützung des Vereins Rom e.V. zu, um die Integrationschancen für Roma und Sinti zu verbessern.

Bessere Bildung werde durch zusätzliche 15 Stellen Schulsozialarbeit und den Ausbau von „ÜMI plus“ gefördert. Für Kindertagesstätten seien 247 Mio. € und für den Offenen Ganzttag 23,7 Mio. € vorgesehen. Beide Ansätze steigen gegenüber dem Vorjahr. Im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft sei der Neubau und die Sanierung der Schulen auskömmlich finanziert. Der beschleunigte Abbau des Sanierungsstaus sei das Ziel. Das Bündnis stelle zusätzliche Mittel für die Sanierung der Schultoiletten und der Sportplätze zur Verfügung. Kulturelle Bildung habe einen hohen Stellenwert. Daher könne die Rheinische Musikschule ihr Angebot verbessern und die Honorarkräfte künftig besser bezahlen. Experimentelle Musikprojekte an Schulen werden bezuschusst. Es freue ihn besonders, dass sich das Bündnis auf die Einrichtung eines Lärmschutzfonds für freie Kulturinstitutionen und Musikclubs einigen konnte, um die Einhaltung der Lärmschutzvorgaben zu finanzieren und so den Bestand besonders in urbanen Vierteln zu sichern.

Die Kulturförderabgabe werde weiterhin dafür verwendet, die Stadtteilbibliotheken, den Medienetat der Stadtbibliothek und die Busbibliothek zu unterstützen. Die unter neuer künstlerischer Leitung stehende Akademie der Künste der Welt erhalte eine neue Startchance. Seiner Fraktion sei wichtig, auch den freien Eintritt von Jugendlichen in alle Sonderausstellungen städtischer Museen und die Sanierung des Jazzhauses im Stadtgarten zu finanzieren, sowie die Weiterentwicklung des Film Festival Cologne und die vorgesehene Gründung einer GmbH zu unterstützen. Die Mittel für das Stadtklima- und Verschönerungsprogramm der Bezirke werden deutlich aufgestockt. KölnTourismus bekomme Sondermittel für zusätzliche Kampagnen.

Im Bereich ehrenamtliches Engagement verweise er auf den neu zu etablierenden „Kölner Frauenpreis“ für ehrenamtliche Leistungen.

Mit dem vorliegenden Stellenplan werden 300 Mehrstellen geschaffen - vor allem für die Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren, die Digitalisierung, den Ausbau der Infrastruktur und die Museen. Besonders wichtig sei ihm die Wohnraumschutzsatzung und der Einsatz zusätzlichen Personals bei der Wohnungsaufsicht, um Verstöße besser ahnden zu können.

Der vorliegende Haushaltsplan schaffe die materiellen Voraussetzungen, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Nun komme es auf die stringente Umsetzung durch die Verwaltung an.

Der Anregung von RM Petelkau auf Erstellung eines Doppelhaushaltes 2020/2021 stimme er aus Gründen der Verlässlichkeit, Kontinuität und Planungssicherheit zu.

RM Detjen sagt, der politische Veränderungsnachweis des Haushaltsbündnisses habe faktisch keine Gegenfinanzierung. Die Verbesserungen aus der LVR-Umlage und der Gemeindefinanzierung hätte die Verwaltung in ihren Veränderungsnachweis aufnehmen müssen. Mit der Aufnahme einer Vielzahl von Einzelprojekten in die mittelfristige Finanzplanung setzte das Bündnis die Verwaltung unter Druck, diese in den laufenden Haushalt des nächsten Jahres aufzunehmen. Er kritisiert, dass in den Vorschlägen des Haushaltsbündnisses kein roter Faden erkennbar sei. Das könne auch von einem Zweckbündnis nicht erwartet werden. Er stimme der Einschätzung der Presse zu, dass hier nach dem Gießkannenprinzip gehandelt werde.

Der rote Faden der Vorschläge seiner Fraktion sei, in Schulen, Bildung und Wohnen zu investieren. So sollten die städtischen Unternehmen in die Lage versetzt werden, mehr günstige Wohnungen zu schaffen. So könne man durch Verzicht auf Dividendenausschüttung und Gewinnabführung bei der Grund und Boden GmbH und der

GAG Immobilien AG jährlich 370 Wohnungen bauen. Es sei sinnvoller, das Eigenkapital der Wohnungsbaugesellschaft zu stärken – und vielleicht eine zweite Gesellschaft zu gründen - als weiter ausschließlich auf kommunale Fördermittel zu setzen, die nicht vollständig in Anspruch genommen werden.

In den Vorschlägen des Haushaltsbündnisses fehle die Umsetzung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms.

Die zur Deckung der Veränderungen vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbesteuer sei moderat und diene auch der langfristigen Sicherung.

Mit den Erträgen aus der Kulturförderabgabe wolle seine Fraktion insbesondere den kostenfreien Eintritt in die ständigen Ausstellungen der Kölner Museen finanzieren.

Er halte einen Doppelhaushalt für 2020/2021 für undemokratisch, weil damit der Willensbildung des neuen Rates vorgegriffen werde.

RM Breite widerspricht der Darstellung von RM Detjen, dass die Vorschläge des Bündnisses keine Deckung hätten und zeigt sich überrascht, dass die SPD-Fraktion auf einen eigenen politischen Veränderungsnachweis verzichte. Dies stehe für fehlende Gestaltungskraft. Er weist die Kritik von RM Detjen zurück, dass im Haushaltsentwurf kein roter Faden erkennbar sei. Dass das Bündnis etwas für die wachsende und junge Stadt tue, könne man an den Initiativen zur Kinder- und Jugendarbeit, der Kulturförderung und Digitalisierung erkennen. Konkrete Beispiele dafür seien WLAN auf öffentlichen Plätzen und an KVB-Haltestellen sowie Verbesserungen bei Radwegbeleuchtungen.

Seine Fraktion unterstütze die Forderung nach einem Doppelhaushalt. Dies sei im Interesse einer soliden Finanzwirtschaft und dem Erreichen des angestrebten Haushaltsausgleichs notwendig. Bei Haushaltsplanberatungen in der Wahlkampfphase bestehe zudem die Gefahr populistischer Entwürfe. Dies lasse auch der Veränderungsnachweis der Fraktion Die Linke schon erkennen.

RM Boyens weist darauf hin, dass sich aus den Zahlen zur mittelfristigen Finanzplanung bei einem Vergleich zwischen den Haushaltsjahren 2018 und 2019 ein Missverhältnis gerade bei den bisher von allen Rednern genannten Schwerpunkten Wohnen und ÖPNV ergebe. Die Mittel für den kommunalen Wohnungsbau seien in 2019 um 40% niedriger: 99 Mio. € statt 160 Mio. €. Beim ÖPNV-Ausbau falle der Ansatz von 110 Mio. € in 2018 auf 76 Mio. € in 2019.

In der laufenden Mittelfristplanung seien für die Flüchtlingsunterbringung 297 Mio. € geplant worden. Dies sei exakt so viel, wie für die sechs Bereiche kommunale Wohnungsbauförderung, Straßeninstandhaltung, Sanierung von Spielplätzen, Sportplätzen und Radwegen und Städtebauförderung zusammen. Dies zeige deutlich, dass sich die bundespolitisch zu verantwortende Flüchtlingskrise auf den Kölner Haushalt massiv auswirke. Der Mittelfristplanung mangle es nach seiner Meinung an Konsistenz. Für die Flüchtlingsunterbringung seien im neuen Haushaltsplanentwurf nämlich nur noch 70 Mio. € eingeplant.

Er bittet die Verwaltung, die Überleitung der Planung von 2018 nach 2019 zur Erleichterung der politischen Diskussion transparent darzustellen.

In der Produktdarstellung schlägt er für die jeweilige Zielformulierung folgende Änderungen vor:

- Produkt 020901 - Allgemeine Ausländerangelegenheiten
Die Formulierung des Wirkungsziels sollte wie folgt ersetzt werden: „Die Integration derjenigen ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner mit einer

dauerhaften Bleibeperspektive sowie ihre mögliche Einbürgerung sind unterstützt.“

- Produkt 020902 - Zentrale Ausländerbehörde (ZAB)

Hier verzichte die Verwaltung unter Hinweis auf die Zuständigkeit der Landesbehörden auf ein Wirkungsziel und nehme die ZAB damit aus der Verantwortung. Er schlage folgende Formulierung für das Wirkungsziel vor: *„Die Ausländerbehörde der Stadt Köln unterstützt die zuständigen Landeseinrichtungen nach Kräften bei der Rückführung von ausreisepflichtigen Personen mit Wohnsitz in Köln.“*

RM Wortmann weist darauf hin, dass es im Bereich der mittelfristigen Finanzplanung eine Steigerung der Aufwendungen von 7% gebe, denen keine gesicherten Erträge gegenüber stehen. Auch er denke, dass die Schaffung bezahlbaren Wohnraums das bestimmende Thema sei und stärkere Eingriffe und neue eigene Ideen der Stadt erforderlich seien.

8.1.1 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke - Veränderungsnachweis zum Haushalt 2019 und Kulturförderabgabe AN/1374/2018

Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke betreffend Haushaltsjahr 2019, Veränderungsnachweis und Kulturförderabgabe:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2019 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung **sowie** unter Berücksichtigung der **aus der beigefügten Anlage ersichtlichen und den** vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der Fraktion Die Linke - abgelehnt

8.1.2 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT - Zu Top 8.1 - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2022 (Vorlage 3155/2018) AN/1379/2018

Beschluss über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend Haushaltsjahr 2019:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2019 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung **sowie** unter Berücksichtigung der **aus der beigefügten Anlage ersichtlichen und den** vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke- zugestimmt

8.1.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT - Zu Top 8.1 - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2022 (Vorlage 3155/2018) - Begleitbeschlüsse AN/1380/2018

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird am Ende wie folgt ergänzt:

Abschließend empfiehlt der Finanzausschuss dem Rat, die Verwaltung mit folgenden Begleitaufträgen zur Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Stadt Köln für das Jahr 2019 zu beauftragen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 eine Haushaltssatzung in Form eines Doppelhaushalts in den Rat einzubringen. Die Einbringung in den Rat soll so zeitgerecht erfolgen, dass der Ratsbeschluss über die Haushaltssatzung zu einem Zeitpunkt getroffen werden kann, der eine Genehmigung der Haushaltssatzung 2020/2021 durch die Bezirksregierung Köln noch im Haushaltsjahr 2019 ermöglicht.
2. Der **Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft** für das Jahr 2019 wird um die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen ergänzt:
 - a. 100.000 € für die Errichtung eines schmiedeeisernen Gitters vor dem Spanischen Bau (Consilium).
 - b. 1 Mio. € für ein Sonderprogramm zur Sanierung der Schultoiletten
 - c. 300.000 € Planungsmittel für den Abriss der abgängigen Maler- und Lackierhalle des Berufskollegs und Neubau einer Zweifachsporthalle am Standort Kartäuserwall.
 - d. 200.000 € Planungsmittel für den Ausbau einer Schulsporthalle bei geplanten Schulneubauten zu einer bundesligatauglichen Sporthalle (Kapazität min. 1.000 Zuschauer, 9 Meter Deckenhöhe, 1.000-Lux-Beleuchtung usw.).
3. Im Rahmen der Verwendung der Planungsmittel zur Sicherung des Grünzuges West ist zu prüfen, mittels welcher fachplanerischen Möglichkeiten oder naturschutzfachlicher Schutzausweisungen (z. B. Naturpark im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes) das betroffene Gelände vor baulichen Eingriffen geschützt werden kann.
4. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die Verkehrssicherheit von Fußgängern und Radfahrer mit geeigneter Beleuchtung oder elektronisch gesteuertem Licht-Management auf Verkehrswegen erhöht werden kann. Die geltenden Vorgaben des Artenschutzrechts sind ebenso wie die Notwendigkeit zur Anpassung geltender Beschlüsse des Rates zur Beleuchtung in Grünanlagen zu betrachten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke - zugestimmt

8.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT - TOP 8.1 - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2022 (Vorlage 3155/2018) – hier: Kulturförderabgabe AN/1378/2018

Beschluss über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend Haushaltsjahr 2019, Kulturförderabgabe:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2019 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung **sowie** unter Berücksichtigung der **aus der beigefügten Anlage ersichtlichen und den** vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der SPD-Fraktion - zugestimmt

**8.1.5 Änderungsantrag der SPD-Fraktion - Haushaltsjahr 2019
Kulturförderabgabe
AN/1382/2018**

Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Haushaltsjahr 2019, Kulturförderabgabe:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2019 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung **sowie** unter Berücksichtigung der **aus der beigefügten Anlage ersichtlichen und den** vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke - abgelehnt

Beschluss über die geänderte Beschlussvorlage:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2019 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung **unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.**

Darüber hinaus empfiehlt der Finanzausschuss dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen nach § 83 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzerhaltung zu verwenden.

Ausfallende Bundes- und/oder Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städt. Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Sanierungsbedarfe für den Haushalt erhöhen würden.

Weiterhin fasst der Finanzausschuss im Zusammenhang mit den Hpl.-Beratungen folgende weitere Beschlüsse:

Der Finanzausschuss lehnt die im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 37 Abs. 4 GO NRW vorgebrachten Änderungsvorschläge der Bezirksvertretungen, soweit sie

nicht in die Veränderungsnachweise übernommen wurden, unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss beschlossenen Änderungen ab.

Der Finanzausschuss ermächtigt die Verwaltung, die beschlossenen Änderungen der Fraktionen zum Hpl.-Entwurf 2019 in formaler Hinsicht zu korrigieren, sofern dies aus haushaltsrechtlichen Gründen erforderlich sein sollte (z. B. Teilplanzuordnung, falsche Teilplanzeile)

Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass die als Anlage beigefügte „Zuständigkeitsregelung bei Freigaben von investiven Auszahlungen“ für das Jahr 2019 unverändert weiter gilt.

Abschließend empfiehlt der Finanzausschuss dem Rat, die Verwaltung mit folgenden **Begleitaufträgen zur Haushaltssatzung** und dem Haushaltsplan der Stadt Köln für das Jahr 2019 zu beauftragen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 eine Haushaltssatzung in Form eines Doppelhaushalts in den Rat einzubringen. Die Einbringung in den Rat soll so zeitgerecht erfolgen, dass der Ratsbeschluss über die Haushaltssatzung zu einem Zeitpunkt getroffen werden kann, der eine Genehmigung der Haushaltssatzung 2020/2021 durch die Bezirksregierung Köln noch im Haushaltsjahr 2019 ermöglicht.
2. Der **Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft** für das Jahr 2019 wird um die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen ergänzt:
 - i. 100.000 € für die Errichtung eines schmiedeeisernen Gitters vor dem Spanischen Bau (Consilium).
 - ii. 1 Mio. € für ein Sonderprogramm zur Sanierung der Schultoiletten
 - iii. 300.000 € Planungsmittel für den Abriss der abgängigen Maler- und Lackierhalle des Berufskollegs und Neubau einer Zweifachsporthalle am Standort Kartäuserwall.
 - iv. 200.000 € Planungsmittel für den Ausbau einer Schulsporthalle bei geplanten Schulneubauten zu einer bundesligatauglichen Sporthalle (Kapazität min. 1.000 Zuschauer, 9 Meter Deckenhöhe, 1.000-Lux-Beleuchtung usw.).
3. Im Rahmen der Verwendung der Planungsmittel zur Sicherung des Grünzuges West ist zu prüfen, mittels welcher fachplanerischen Möglichkeiten oder naturschutzfachlicher Schutzausweisungen (z. B. Naturpark im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes) das betroffene Gelände vor baulichen Eingriffen geschützt werden kann.
4. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die Verkehrssicherheit von Fußgängern und Radfahrer mit geeigneter Beleuchtung oder elektronisch gesteuertem Licht-Management auf Verkehrswegen erhöht werden kann. Die geltenden Vorgaben des Artenschutzrechts sind ebenso wie die Notwendigkeit zur Anpassung geltender Beschlüsse des Rates zur Beleuchtung in Grünanlagen zu betrachten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke - zugestimmt

9 Stellenpläne

9.1 Stellenplan für das Jahr 2019 2659/2018

9.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT - Zu Top 9.1 - Stellenplan für das Jahr 2019 (Vorlage 2659/2018) AN/1381/2018

Beschluss über den Änderungsantrag:

Der erste Absatz des Beschlussvorschlags wird wie folgt ergänzt:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2019 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung und mit den nachfolgend aufgeführten Ergänzungen zu:

Dezernat	Dienststelle	Stellen	Bemerkung
IV	IV/40	0,3 EG 12	Elternberatung Inklusion
IV	IV/40	2,0 EG 11 Ingenieur/in Grünplanung Spielplätze	Umsetzung Beschleunigungsprogramm Spielplätze
V	V/57	1,0 EG 13 Biologe/in	Umsetzung FFH-Richtlinie, Betreuung Bio-Station, kommunales Ökokonto
V	V/57	1,0 EG 13 Umweltpädagoge/in	Biodiversitätsstrategie (3860/2018) und Einzelprojekte, z.B. Wildbienenlehrpfade an außerschulischen Lernorten (z. B. Finkens Garten & Gut Leidenhausen), Anlage Nisthilfen & Wildblumenwiesen.
VI	VI/67	5,0 EG 4	Grünpflege – Pflege von Baumscheiben
VII	VII/4518	1,0 EG 13	Wissenschaftliche/r Referent/in in der Abteilung Kölnisches Brauchtum im Kölnischen Stadtmuseum
VII	VII/4520	1,0 EG 13	Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (ibs)

VIII	VIII/66	1,0 EG 11	Zusätzliche Stelle für die Verkehrssicherheitsarbeit (inkl. präventive Schulwegsicherheit)
------	---------	-----------	--

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion - zugestimmt

Beschluss über den geänderten Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden **geänderten** Beschlussvorschlages:

1. Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2019 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung **und mit den nachfolgend aufgeführten Ergänzungen zu:**

Dezernat	Dienststelle	Stellen	Bemerkung
IV	IV/40	0,3 EG 12	Elternberatung Inklusion
IV	IV/40	2,0 EG 11 Ingenieur/in Grünplanung Spielplätze	Umsetzung Beschleunigungsprogramm Spielplätze
V	V/57	1,0 EG 13 Biologe/in	Umsetzung FFH-Richtlinie, Betreuung Bio-Station, kommunales Ökokonto
V	V/57	1,0 EG 13 Umweltpädagoge/in	Biodiversitätsstrategie (3860/2018) und Einzelprojekte, z.B. Wildbienenlehrpfade an außerschulischen Lernorten (z. B. Finkens Garten & Gut Leidenhausen), Anlage Nisthilfen & Wildblumenwiesen.
VI	VI/67	5,0 EG 4	Grünpflege – Pflege von Baumscheiben
VII	VII/4518	1,0 EG 13	Wissenschaftliche/r Referent/in in der Abteilung Kölnisches Brauchtum im Kölnischen Stadtmuseum

VII	VII/4520	1,0 EG 13	Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (ibs)
VIII	VIII/66	1,0 EG 11	Zusätzliche Stelle für die Verkehrssicherheitsarbeit (inkl. präventive Schulwegsicherheit)

Auf der Grundlage bestehender Ratsbeschlüsse beziehungsweise gesetzlicher Vorgaben ergeben sich für 2019 im Ergebnis 299,80 Mehrstellen für die Kernverwaltung.

Bedingt durch die zu bewältigenden Herausforderungen zur Prozessoptimierung und Qualitätssteigerung der Stadtverwaltung, unter anderem durch Maßnahmen zur Digitalisierung, Beschleunigung von Baugenehmigungsprozessen und Stärkung der Museen, sowie unter Berücksichtigung des nach wie vor hohen Bedarfs bei der Sanierung und dem Ausbau der Infrastruktur (Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke, Betrieb einer Tunnel- und Verkehrsleitzentrale, Maßnahmen zur Stadtgestaltung, Planung und Bau von neuen Lichtsignalanlagen etc.) sind für 2019 insgesamt 299,80 zusätzliche Stellen erforderlich (davon 267,55 unbefristete und 32,25 befristete Planstellen). Zudem werden aufgrund eines dauerhaft beziehungsweise temporär weiterhin bestehenden, aufgabenbedingten Bedarfs 7,77 Stellen entfristet und für 85,72 Stellen die Befristungen verlängert. Darüber hinaus werden 4,91 Stellen abgesetzt.

2. Der Rat nimmt die für die Kernverwaltung der Stadt Köln zum Stellenplan 2019 erforderlichen Mehrbedarfe zur Kenntnis.
3. Die Finanzierung der für die Kernverwaltung ausgewiesenen Mehrbedarfe ist gesichert.
Die Mehrstellen unterliegen den vom Rat zur Haushaltsumsetzung beschlossenen Restriktionen einschließlich einer stringenten aufgabenbezogenen Bewirtschaftung analog dem bei den vorhandenen Stellen praktizierten Verfahren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion - zugestimmt

9.2 Stellenplan 2019 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2758/2018

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

1. Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2019 für die Gebäudewirtschaft in der diesem Beschluss zu Grunde liegenden Fassung zu.
2. Der Rat beschließt die Entfristung von insgesamt 5,0 Stellen, die im Rahmen der Planung und Ausführung von Baumaßnahmen dauerhaft benötigt werden. Im Gegenzug wird eine bisher unbefristete Planstelle aus dem Personalreserveplan der Gebäu-

dewirtschaft zwecks Wahrnehmung der temporären Aufgabe „Abbau des Regelungsstaus im Organisationsbereich“ in eine bis zum 31.12.2021 befristete Stelle umgewandelt

Die Finanzierung sämtlicher Stellen der Gebäudewirtschaft wird über den Wirtschaftsplan 2019 sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2019
2738/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2019 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion - zugestimmt

**9.4 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2019
2733/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2019 des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.5 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2019
2703/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2019 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10 Mündliche Anfragen

RM Boyens weist auf einen Fehler in der Titelzeile der Unterlagen zur mittelfristigen Haushaltsplanung hin.

Börschel
Ausschussvorsitzender

Müller
Schriftführer